

SEIN UND ZEITENWENDE

Nils Heisterhagen

SEIN UND ZEITENWENDE

**Warum Deutschland nicht mehr
so weitermachen kann**



Über den Autor:

Dr. Nils Heisterhagen ist Ökonom und Philosoph. Zuletzt bei Dietz erschienen: Verantwortung. Für einen neuen politischen Gemeinsinn in Zeiten des Wandels (2020), Das Streben nach Freiheit. Essays gegen die Orientierungslosigkeit (2019), Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen (2018).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0667-3

Copyright © 2023 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Satz und Gestaltung: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Poland 2023

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

DIETZ & DAS

Der Podcast zu Politik, Gesellschaft und Geschichte aus dem Dietz-Verlag



Unsere Autor*innen stellen hier ihre neuen Bücher vor und diskutieren über politische und gesellschaftliche Themen – informativ, unterhaltsam, inspirierend!

Abrufbar auf Spotify, iTunes und allen Podcast-Plattformen sowie auf www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort	9
Begreift die politische Elite eigentlich, was gerade vor sich geht?	11
Studiengebühren für Reiche wagen	13
Die Klimadebatte – Eine Diskurskritik	15
Die Leerstelle des Fortschritts	19
Gesucht: eine grüne Industriepolitik	22
Deutschland hat den Anspruch an sich selbst verloren	25
SPD – Wach doch mal auf, Mensch!	27
Linker Realismus ist der Weg für die Sozialdemokratie	31
Mehr Materialismus wagen!	34
Die grüne Projektionsplattform	38
Kritik am europäischen Flüchtlingsfonds – Es braucht kein Dorf	41
Debattenkultur – Wollen wir etwa enden wie die Chinesen?	44
Der SPD-Wutbürger	47
Eine Verteidigung der deutschen Autoindustrie	51
Forschungspolitik ist auch Industriepolitik	54
Werde, was du bist	57
#techforfuture	61
Bernd Ulrich – Neues vom Klima-Goethe	65
Die Sehnsucht nach dem Positiven	69
Schmidt-Schnauze fehlt	72
Kernenergie ist doch die Zukunft	75
SPD-Vorsitz – Nicht noch ein bisschen weniger	79
Wo bleibt der Sputnik-Moment?	83

Aufbruch im Ruhrgebiet	87
Führungsfrage der SPD – Es braucht auch einen neuen Generalsekretär	90
Nachdenken, statt enteignen!	94
Es geht um die Industrie, Dummkopf!	98
Hans Peter Doskozil – der Avantgardist eines neuen Realismus	102
Christian Baron – Der Junge aus Kaiserslautern	104
SPD – Die Lage ist ernst, Genossen!	107
Nietzsche und die SPD	109
Sigmar Gabriel – Seine Linie heißt Emanzipation	112
Kritik an Fridays for Future – Von der Empörung zu Lösungen	116
Julian Nida-Rümelin – Mit Rationalität gegen die Krise	119
Ulf Poschardt – Das heilige krumme Holz	123
Coronomics – Bloß keine Postwachstums-Esoterik	127
Wir retten das Klima nicht mit Moral, sondern mit Technologie	131
Die Rückkehr der Verantwortung	135
Plädoyer für Jugendtechnischschulen – Jugend forscht, Jugend musiziert, Jugend schraubt!	139
Coronomics – Sperrt die Läden auch sonntags auf!	142
Als Moralelite verliert man die Normalen	144
Corona wird zum Brennglas für die digitale Schwäche Deutschlands	147
Corona macht Wirtschaft zum Topthema	150
Der SPÖ fehlt der Anti-Kurz	155
Sozialdemokratie und Verantwortung	158
Die SPD muss mehr 1998 wagen	161
Plädoyer für eine allgemeine Dienstpflicht – Dienen und erwachsen werden	163
Die Sozialdemokratie im elektoralen Niemandsland	166
Die Jakobiner überdrehen jetzt	169

Deutschland soll grüner werden, mit aller Macht	172
Der E-Auto-Hype und die Realität	175
US-Wahlen – Die Illusion der Identitätspolitik	179
SPD – Ohne Wirtschaftskompetenz wird es nichts	182
Für einen linken Neo-Schumpeterismus	185
Varianten des Kapitalismus – Die Rückkehr zum deutschen Modell	189
Wasserstoff – Der Gamechanger des 21. Jahrhunderts	193
Blauer und türkiser Wasserstoff – Deutschland hatte schon immer Angst vor risikobehafteten Technologien	197
Das Klimawahljahr und die Sehnsucht nach Antworten	200
Ein Unternehmerstaat ist alternativlos – Das Beispiel der Klimapolitik	202
Nachweis der Texte mit Datum	206
Anmerkungen	208

Vorwort

»Sagen, was ist.« Diese Leitformel machte den Journalismus der Nachkriegszeit groß. *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein verlangte genau das von seinen Redakteuren. Schonungslos, akribisch, genau, unsentimental, selten parteiergreifend, neutral, aber bestimmt. Das war die Devise. So neutral und realitätsbezogen geht es hingegen heute weniger zu. Oft wird Stellung und Haltung bezogen – und mehr über Meinung als Fakten debattiert.

Der Wirtschaftskorrespondent der *Zeit*, Mark Schieritz, twitterte zuletzt beobachtend, dass positiver Bezug zu Wasserstoff mittlerweile rechts sei, während positiver Bezug auf Strom links sei. Selbst Physik wird so politisiert.

Kulturkampf ist ein schönes und ein richtiges Wort dafür, was auch in Deutschland in sehr vielen politischen Debatten immer wieder stattfindet. Egal wer oder was dafür der Auslöser war. Im Grunde findet ein retardierendes Copy-Paste von Meinungen statt, welches Debatten nie beendet, sondern nur endlos fortsetzt. Es gibt ein ständiges Reagieren aufeinander. Und es endet nie.

Dazwischen verschwindet der Diskurs. Bestes Beispiel war die Silvester-Debatte 2023. Es werden nur noch die Diskursstellungen zur Kenntnis genommen und dann kommentiert, anstatt die Probleme zu lösen.

»Sagen, was ist« – das ist aber vor allem mit Bezug auf Wirtschaft und Industrie nötiger denn je. Die identitätspolitischen und gesellschaftspolitischen Debatten sind zwar emotional, ein Aufreger, ein Thema, mit dem man sich leidenschaftlich auseinandersetzen und »Stellung beziehen« kann. Aber diese Kulturkämpfe sollten nicht mehr so viel Raum einnehmen, und zumindest die klugen Politiker und Journalisten nicht mehr beschäftigen. Deutschland hat dazu zu viele Probleme beim wirklich Wesentlichen: der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zukunftsfähigkeit des Landes.

Die dramatisch steigenden Energiepreise haben offengelegt, wie schwer es um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und das Geschäftsmodell Deutschland steht. Alle Indikatoren des Standortes haben sich im Grunde auf rot gestellt. Und diese Entwicklung konnte man schon vor dem 24. Februar 2022 absehen. Auch das spiegeln viele Texte in diesem Band wieder. Aber eine echte Debatte um die Zukunftsfähigkeit des Landes gibt es bis heute nicht. *Deindustrialisierung* ist keine Drohung, keine einfache Meinung im politischen Wettstreit. Sie wird geschehen, wenn man nicht Wirtschaft und Industrie und deren wirkliche Lage ins Zentrum aller Debatten rückt.

Warnen und »sagen, was ist« darf in der wirtschaftspolitischen Debatte nicht als eine Einzelmeinung verhallen. Schönreden der Lage, nur weil man gerade

regiert, darf auch nicht passieren. Es gibt zu viele Baustellen: Preisentwicklung, zu langsame Genehmigungen, zu viel Bürokratie, dramatischer Fachkräfteengpass, Baukosten- und Neubauentwicklung, Engstirnigkeit und Ideologie in der Energiepolitik, staatliche Investitionen, die nicht auf das Niveau der Wettbewerber in den USA und China erhöht werden, fehlende klare Technologie- und Innovationspolitik, überbordende EU-Regulierung, bei der Berlin einfach zusieht statt Widerstand zu leisten. Und das Allerwichtigste: keine Idee, wie Produktion in Deutschland bei den Standortbedingungen gehalten und sogar Reindustrialisierung angereizt werden soll.

Taktisches Regieren auf Sicht ergänzt mit sehr schlechter Kommunikation. Das prägt die *Zeitenwende* momentan. Und diese mutiert so zur Leerformel oder besser gesagt: Zum Symbol für das Abfinden mit dem Niedergang als weltweit prägende Industriegesellschaft. Schweigend die viertgrößte Industrienation der Welt zu verwalten, kann und darf aber nicht der Anspruch sein. Es geht nicht länger um mehr oder weniger ordentliches Verwalten, wie das schon der Anspruch fast der kompletten Amtszeit von Angela Merkel war. Die Aufgaben sind nun einfach zu groß. Der Wind der Veränderung schon auf Orkanstärke.

Zeitenwende muss jetzt endlich auch eine *ökonomische Zeitenwende* sein. Es wird Zeit, dass das jeder versteht. *Sein und Zeitenwende* oder *Sein und Wendezeiten* ist daher das Symbol dafür, dass eigentlich schon seit Jahren klar ist, dass sich in Deutschland etwas fundamental verändern muss. Es ist aber bisher nicht passiert. Das Sein wird immer noch überdeckt von einem Moralbewusstsein absoluter Größe. Deutschland kennt seine Realität nicht. Der moralische Übereifer der letzten Jahre übersieht medial immer noch die wirtschaftlichen Kennzahlen und Perspektiven des Landes. Warum das Land nicht zu einer realistischen Inventur im Stande ist? Ich kann es nicht sagen. Ich kann es nur kritisieren.

Es braucht einen Weckruf. Die in diesem Band versammelten Texte sind der Ruf an das deutsche Gewissen. Veränderung oder Niedergang ...

Nils Heisterhagen, im Februar 2023

Begreift die politische Elite eigentlich, was gerade vor sich geht?

Es ist Anfang April und der deutsche Wähler hat von Europawahlkampf noch kaum etwas mitbekommen. Fast alle reden von der Krise Europas und sind doch erstaunlich still und ideenlos. Nur einer nicht. Aber eben einer aus Frankreich.

Emmanuel Macron hatte abermals Anfang März mit Vorschlägen zur Krise Europas aufhorchen lassen. Diese Vorschläge muss man nicht gut finden. Sein Aufruf für einen »Neubeginn in Europa« enthielt auch viel Schwammiges und suggerierte, dass man die überbürokratisierte EU doch am Besten mit der Schaffung von noch mehr Institutionen wieder auf Kurs bringen könne. Das ist eine naive Hoffnung. Institutionen können helfen, aber entscheidend ist, was sie tun. Immerhin deutet Macrons neues Papier darauf hin, dass er seine schlimmste neoliberale Phase überwunden zu haben scheint. Ein großer Wurf ist Macrons Papier aber nicht.

Annegret Kramp-Karrenbauers Antwort auf Macrons Aufruf in der WELT ist allerdings auch nicht mehr als eine Ansammlung von Nebensächlichkeiten. Ihr ganzes Papier wirkt wie einer PR-Maschinerie entkrochen, die jedes einzelne Wort auf die Goldwaage legt. Die dadurch entstandene Aneinanderreihung von Muss-Sätzen und Behauptungen lässt das Papier als Kopfgeburt aus dem Elfenbeinturm erscheinen.

Ihre pauschale Ablehnung von europäischen Mindestlöhnen und der Verge-meinschaftung der Schulden (Euro-Bonds) kann man wohl auch nur so erklären, dass sie dem Friedrich-Merz-Lager in ihrer Partei Tribut zollen will, um einen parteiinternen Frieden zu gewährleisten, der verhindern soll, dass die »Wirtschaftsliberalen« der Union ihr bei nächster Gelegenheit aufs Dach steigen.

Ein Helmut Kohl in jugendlicher Blüte hingegen hätte zwar europäische Mindestlöhne abgelehnt, aber die Vor- und Nachteile von Euro-Bonds sicherlich nüchtern diskutiert, um seine europäische Idee zu forcieren. Und wer hat Frau Kramp-Karrenbauer bloß eingeredet, dass ein »europäischer Flugzeugträger« eine gute Idee wäre? Dass sie so einen milliardenschweren Unsinn in ihr Papier übernahm, nur um anzudeuten, dass Europa endlich mal wieder geostrategische Überlegungen anstellen solle, ist eigentlich ein Affront gegen jeden außenpolitischen Realismus.

Gewiss muss Europa sehr schnell zu einer europäischen Selbstbehauptung kommen. In Europa gibt es noch keine Antworten auf die neue weltpolitische Lage, die immer mehr durch eine »G2«-Situation geprägt ist – also den Kampf zwischen China und den USA um die Hegemonie.

Aber die Antwort auf diese neue Lage ist doch kein Flugzeugträger!

Und was ist mit der SPD? Wo sind ihre Ideen? Insbesondere die industriepolitischen Ideen für eine europäische Selbstbehauptung? Da kommt nichts. Stattdessen wird man in der SPD gerade nicht müde, unter dem Hashtag #StattFlugzeugträger zu twittern, was man alles Besseres mit den Milliarden tun könnte, die so ein Flugzeugträger kosten würde. Das ist zwar alles vollkommen richtig. Aber eine Antwort auf die Probleme Europas und die neue weltpolitische Lage ist es nicht. Eine postdemokratische Kommunikationslinke, die ideenlos nur Hashtags produziert, braucht es nicht. Der Wahlkampf-Hashtag der SPD #EuropaistdieAntwort würde so etwa nur dann sinnvoll sein, wenn sie auch sagen kann »wie« Europa die Antwort ist. Damit sie aber überhaupt antworten könnte, bräuchte es eine politische Linke, die von einer schonungslosen Analyse ausgeht und sich dann nicht zu fein ist, dahin zu gehen, »wo es brodeln, riecht und stinkt« (Sigmar Gabriel). So eine SPD gibt es gerade nicht.

Die erschütternde europapolitische Ideenlosigkeit des politischen Berlins muss Sorge machen, ob unsere politische Elite noch begreift, was eigentlich gerade vor sich geht. Man kann nur hoffen, dass der deutsche Journalismus beginnt, der politischen Elite ihre Illusionen und ihre scheinbare Selbstzufriedenheit auszutreiben. Selten in unserer bundesrepublikanischen Geschichte war die Verantwortung deutscher Journalisten größer.